**Erster Bericht des Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus (Dr. Michael Blume)**

Mit einem Überblick über den Sachstand und Empfehlungen zur Bekämpfung des Antisemitismus

I. Einleitung: Digitale Radikalisierung und Antisemitismus............................................... 3

II. Definitionen und kulturelle Verbreitung......................................................................... 9

III. Die Zahlen ................................................................................................................. 15

IV. Bestandsaufnahme bisheriger Projekte und Maßnahmen im Kampf gegen

**V. Handlungsempfehlungen – Was tun im Kampf gegen Antisemitismus? ........... 29**

V.7. Schützen und abwehren ......................................................................................... 53

Antisemitische Netzwerke beobachten ........... ............................................................ 54

**Israelfeindlichen Antisemitismus stoppen ............................................................ 54**

V.8. Brücken bauen ........................................................................................................ 56

VI. Schlussplädoyer für vernetztes Denken .......................................................................

Zum Unterpunkt **Israelfeindlichen Antisemitismus stoppen** findet sich auf den Seiten 54/55 folgender Text:

Antisemitismus zeigt sich in der Gegenwart nicht mehr nur über klassische antisemitische Mythen, sondern erhält Form in Anfeindungen, die gegen den Staat Israel gerichtet sind. Immer wieder werden allgemein judenfeindliche Traditionen hinter israelkritischen Aussagen verschleiert. So ist der Begriff der obsessiven „Israelkritik" in die deutsche Sprache eingegangen, wie es sie zu keinem anderen Nationalstaat gibt. Während Palästinenserinnen und Palästinenser seit Jahren ihre Vertretungen nicht mehr wählen dürfen und Opposition etwa im Gaza-Streifen durch Gewalt und Folter unterbunden wird, findet so leider wenig Beachtung. Auch dass Konflikte und gegenseitige Vertreibungen in oft viel größerem Ausmaß auch bei der Gründung anderer Nationalstaaten wie beispielsweise Pakistan oder Burma im gleichen Zeitraum stattfanden, ist großen Teilen der Öffentlichkeit nicht einmal bekannt. Nicht selten dienen Verunglimpfungen und NS-Vergleiche mit Bezug auf die israelische Demokratie der emotionalen Schuldabwehr und antisemitischen Umwegkommunikation.

Der Stuttgarter Landtag hat sich – nach Auffassung des Beauftragten zu Recht – dezidiert gegen die Bewegung Boycott, Divestment, Sanctions (BDS) gestellt und den Aufruf zum Boykott israelischer Geschäfte und Waren sowie die Aufbringung von „Don’t Buy"-Schildern auf Waren aus Israel aufs Schärfste verurteilt. Inzwischen ist auch der deutsche Bundestag mit großer Mehrheit diesem Beispiel gefolgt. Erfreulich ist zudem eine wachsende Sensibilität der deutschen Außenpolitik gegenüber dem Weiterwirken antisemitischer Traditionen auch in internationalen Gremien.

Selbstverständlich vertritt und verteidigt der Beauftragte die Meinungsfreiheit, zu der auch sachliche Kritik an israelischer Politik und Medien gehört, wie sie auch gegenüber jedem anderen Nationalstaat geäußert werden kann. Einseitige Darstellungen und Dämonisierungen, doppelte Standards sowie antijüdische Boykottaufrufe verlassen jedoch die seriöse, demokratische Debatte. Die Bekämpfung des sogenannten Antizionismus als israelfeindlichem Antisemitismus dient also nicht nur der Sicherheit der israelischen, sondern auch der deutschen und europäischen Demokratien. Sie dient mittelbar auch jenen israelischen, arabischen und palästinensischen Stimmen, die einen realistischen Frieden anstreben.

Der Beauftragte empfiehlt daher:

• der antiisraelischen Bewegung „Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen" (BDS) weiterhin entgegen zu wirken und dieser keine Plattform in Einrichtungen des Landes zu geben;

• dabei aber auch die Meinungsfreiheit und Möglichkeiten angstfreier Debatten zu wahren, indem nicht jede Kritik an israelischer Politik mit Antisemitismus gleichgesetzt und massive Vorwürfe wie „BDS-nah" nicht ungeprüft übernommen wird;

**• die Überarbeitung oder Erneuerung der „Nakba"-Ausstellung, damit neben der damaligen Flucht und Vertreibung arabischer Menschen gleichberechtigt auch die Vertreibung jüdischer Menschen aus fast allen arabischen Staaten – zum Beispiel dem Irak – gezeigt wird.**